

Drohung an DJs wird zum Rohrkrepiierer

Mit einschüchternden Briefen forderte der Branchenverband Ifpi bei DJs Geld für Kopierrechte ein. Nun krebst er zurück.

Von **Eric Baumann**

Discjockeys sind immer noch verärgert: Rund 200 von ihnen haben im Februar Post von der Ifpi erhalten. Der Verband der Tonträgerindustrie hat sie in dem Schreiben deutlich darauf hingewiesen, dass sie mit ihrer Arbeit möglicherweise gegen Kopierrechte verstossen. Ein Vertrag und ein Betrag von bis zu 5000 Franken könne die Situation legalisieren.

Laut Szene-Insidern haben ganz wenige der kontaktierten Plattenwirbler den Vertrag unterzeichnet. Ifpi will keine exakten Zahlen nennen, räumt aber ein, dass sich «nicht jeder Angeschrriebene» auf den Deal eingelassen hat. Wer nicht antwortete, kündigte die Ifpi an, werde einen zweiten Brief erhalten. Bisher zumindest ist das ausgeblieben.

«DJs sollen nicht bestraft werden»

«Das steht noch bevor», sagt Ifpi-Mitarbeiter Wilfried Haferland. In einem zweiten Brief wolle man «auf Verständnisbasis statt auf Drohungen» setzen: «Wir wollen mit genauen Informationen darlegen, wer diesen Vertrag abschliessen muss.» Rechtliche Schritte seien bisher keine eingeleitet worden: «Das steht für uns nicht im Vordergrund», so Haferland. Bisher sind auch keine Briefe an weitere DJs verschickt worden.

Zahlpflichtig sind Discjockeys laut Ifpi, wenn sie Kopien von fremden CDs oder Platten machen, um ihre Musiksammlung in kompakter Form an Auftritte mitbrin-

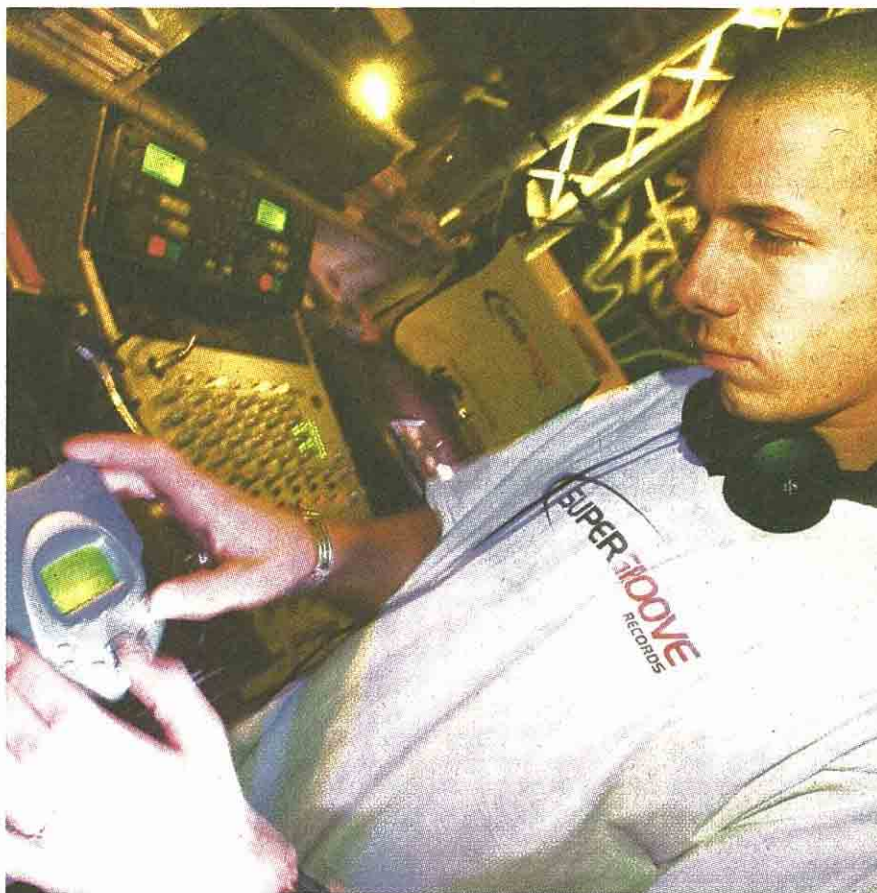


BILD PETER MEYER/FORUM

Die Musikindustrie will Geld für den Einsatz von MP3-Playern in einer Disco.

gen zu können, oder mit für sie typischer Musik auf selbstgebrannten CDs oder auf einer Internetseite ihre Arbeit anpreisen.

Im Umfeld der Discoarbeiter ist der Groll gross. «DJs sollen nicht mit neuen Abgaben bestraft werden», hält ein Blogger fest. Daniel Ott beispielsweise, Betreiber des Tonstudio Plärrr in Schaffhausen,

will einen Verein gründen und eine Alternative zu Ifpi ins Leben rufen.

Selbst die Mitglieder der Ifpi sind nicht alle glücklich über das Vorgehen. Alec von Tavel etwa, Mitglied des kleinen Labels Disctrade, wünscht sich, dass nur DJs zur Kasse gebeten würden, die Geld verdienen. «Wenn ein Hobby-DJ, der zweimal

pro Jahr in einem Kirchgemeindezentrum auftritt, bezahlen muss, ist das ungerecht.» Allerdings wisse er auch nicht, wie man diese Idee umsetzen könnte.

Das Zürcher Café Cabaret Voltaire und der «Tages-Anzeiger» versuchten, die Ifpi zur Teilnahme an einer öffentlichen Diskussion zu bewegen. Der Verband war dazu aber nicht bereit. Ivo Sacchi, Chef von Universal Music und Präsident der Ifpi, nimmt heute jedoch am M4Music-Festival an einem öffentlichen Gespräch über die Zukunft der Musikbranche teil (siehe unten).

Hickhack mit Konsumentenschutz

Die Ifpi ist derzeit auch herausgefordert im Zusammenhang mit einer Parlamentskommissionsdebatte. Der Konsumentenschutz kritisiert in einem offenen Brief, dass die Ifpi im neuen Urheberrechtsgesetz Konsumenten verbieten will, einen Kopierschutz auszuhebeln, um einen Tonträger für den persönlichen Gebrauch zu vervielfältigen. Die Ifpi schreibt in einer öffentlichen Antwort, dass solche Massnahmen international bereits umgesetzt seien und «konsumentenfreundliche Angebote» ermöglichen.

Die Musikindustrie leidet unter einem deutlichen Verkaufseinbruch. Im letzten Jahr ging der Umsatz schweizweit um 13,5 Prozent zurück. Die Branche macht die Nutzer von Download-Börsen dafür verantwortlich. In der Schweiz wurden bisher 137 Strafanzeigen gegen solche Musikliebhaber eingereicht. Der Branchenverband Ifpi hat dem «Tages-Anzeiger» offen erklärt, dass die erhofften Verträge mit Discjockeys neue Einnahmequellen erschliessen sollen.

Panel «House of the Rising Sun», Freitag, 11. Mai, 15 Uhr, M4Music-Festival, Schiffbau, Schiffbaustrasse 4-6, 8005 Zürich.